

# Immer mehr Menschen im Kreis Unna auf Zweitjob angewiesen



Zapfen im Zweitjob. Immer mehr Menschen sind auf ein Nebeneinkommen angewiesen. Viele von ihnen arbeiten nach Feierabend in der Gastronomie. Foto: NGG

Wenn ein Job nicht reicht: Rund 10.500 Menschen im Kreis Unna haben neben ihrer regulären Stelle noch einen Minijob. Damit stieg die Zahl der Zweitjobber innerhalb von zehn Jahren um 45 Prozent, wie die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten mitteilt. Die NGG Dortmund beruft sich hierbei auf neue Zahlen der Arbeitsagentur. Danach sind Zusatz-Jobs in Restaurants, Gaststätten und Hotels im Kreis Unna besonders verbreitet: In der Branche gab es im Juni 2019 rund 1.200 Zweitjobber – das sind 69 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor.

Gewerkschafter Manfred Sträter spricht von einer Schieflage auf dem Arbeitsmarkt: „Im Schatten des Booms der vergangenen

Jahre sind viele sozialversicherungspflichtige Stellen entstanden, die oft kaum zum Leben reichen. Nebenjobs müssen dann die Haushaltskasse aufbessern. Aber wer auf einen Zweitjob angewiesen ist, der arbeitet meist am Limit – auf Kosten von Familie, Freunden und Freizeit“, so der Geschäftsführer der NGG Dortmund. Dabei treffe der Boom bei den Nebenjobs langfristig auch die heimische Wirtschaft.

„Gastronomen und Bäckermeister, die über den Fachkräftemangel klagen, aber gleichzeitig auf 450-Euro-Kräfte setzen, schneiden sich ins eigene Fleisch. Minijobber können keine Hotelfachleute ersetzen“, betont Sträter. Doch Fachkräfte gewinne man nur mit ordentlichen Löhnen – „so hoch, dass die Beschäftigten keinen Zweitjob mehr brauchen“. Über deutliche Lohnerhöhungen verhandelt die NGG aktuell bei Fast-Food-Ketten von McDonald's bis Vapiano: Statt den Mindestlohn von 9,35 Euro sollen die Beschäftigten in der Branche künftig mindestens zwölf Euro pro Stunde bekommen.

Entscheidend sei aber auch, dass sich Unternehmen stärker um Nachwuchs kümmern. „Eine Lehre im Lebensmittelhandwerk oder im Gastgewerbe kommt für Schulabgänger nur infrage, wenn der Lohn und die Ausbildungsbedingungen stimmen“, so Gewerkschafter Sträter. Die NGG sieht aber auch die Politik in der Verantwortung. Die Zunahme der Zweitjobs sei auch das Ergebnis einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik der Nullerjahre. „Mit einer Reform könnte die Bundesregierung Minijobs voll in die Sozialversicherung einbeziehen. Allerdings sollten die Arbeitgeber den größten Teil der Beiträge zahlen. Das macht reguläre Stellen attraktiver und verschafft den Minijobbern heute eine bessere Absicherung“, so Sträter.